

Sabine Jedzig

Von: basis-bounces@listen.jpberlin.de im Auftrag von News Tierschutzpartei [news-tierschutzpartei@t-online.de]
Gesendet: Mittwoch, 16. Juni 2010 13:41
An: basis@listi.jpberlin.de
Betreff: Basis Tierschutzpartei Newsletter "ZeitenWENDE" - Info-Service der Partei Mensch Umwelt Tierschutz
Anlagen: ATT00017.txt

Newsletter "ZeitenWENDE"

Info-Service der Partei Mensch Umwelt Tierschutz für Mitglieder und Interessierte

Ausgabe : Juni 2010

Themen: Der schwarz-gelbe Kandidat
 Rücksichtslosigkeit und Umweltzerstörung haben einen neuen
 Namen: BP
 1,3 % Stimmenanteil: Niederländische Tierschutzpartei bleibt im
 Parlament

Der schwarz-gelbe Kandidat

Aus gegebenem Anlass - Bewerbung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff um das Amt des Bundespräsidenten – wollen wir in unserem heutigen Newsletter den Kandidaten für das höchste Amt im Staate einmal näher betrachten und die Frage stellen: Ist er für das höchste Amt in unserem Staat geeignet?

Bei einer Umfrage der Braunschweiger Zeitung am 07. Juni dieses Jahres, wen man als Bundespräsident favorisiere - Christian Wulff oder Joachim Gauck - entschieden sich zur allgemeinen Verwunderung 69 % der 1848 beteiligten Leser/innen für Gauck und nur 31 % für Wulff. Dieser genießt also offenbar in seinem Stammland keinen sonderlich guten Ruf!

Neben sozialen Aspekten spielt ohne Frage auch das tierquälerische Image eine Rolle, das sich Christian Wulff im Laufe der Jahre durch seine massive Unterstützung der zahlreichen niedersächsischen Hühnerbarone, Schweine- und Putenmäster erworben hat. Jüngstes Beispiel: Die Ernennung von Astrid Grotelüsch - Mitinhaberin der zweitgrößten deutschen Putenbrüterei in Ahlhorn - als Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung. Dieses Ministerium ist natürlich auch für Tierschutz verantwortlich. Wulff nimmt unter anderem mit der Ernennung der Putenzüchterin die Verstümmelung durch Schnabelkürzen von werktäglich 20.000 Putenküken in deren Betrieb billigend in Kauf. Wer Derartiges zulässt, ist unserer Meinung nach ein Tierquäler!

Dies wurde schon im Jahr 2005 festgestellt: Im Vorfeld einer Plakataktion in München (Text: Ministerpräsident Wulff - Millionenfache Tierquälerei darf nicht aufhören, meine Agrarindustrie will sie...), ging er gerichtlich dagegen vor. Die Richter entschieden jedoch, dass es sich um eine „verkürzte Wiedergabe der niedersächsischen Politik“ handele, die als Meinungsäußerung zulässig sei. Ein spektakulärer Erfolg für den Tierschutz!

Aktuell betätigt sich Wulff als williger Handlanger des Investors Rothkötter, der für die Auslastung seines geplanten Mega-Schlachthofs in Wietze/Aller mehr als 400 Mastställe in Süd-Ost-Niedersachsen für Millionen von „Hähnchen“ über Lohnmäster anlegen lassen will.

In diesem Zusammenhang machte sich Wulff, gemeinsam mit dem vormaligen Landwirtschaftsminister Ehlen, der Rechtsbeugung schuldig, indem - unter Missachtung naturschutzrechtlicher Bestimmungen - ein rechtswidriger Erlass herausgegeben wurde, um Stallneubauten in unmittelbarer Nähe zu geschützten Wäldern zu erlauben.

Aber in Sachen Rechtsbeugung liegen bereits Erfahrungen aus der Vergangenheit vor! So wurde mit Erlass vom März 2008 ein Verstoß gegen die Nutztierhaltungsverordnung begangen, der zur Folge hatte, dass in Niedersachsen - statt der bundesweit 60 Hennen - bis zu 67 Tiere in die Drahtgitterkäfige des neuen Typs gesperrt werden dürfen!

Wenn es um Lobbyisten-Pflege geht, so dürfen auch die Jäger nicht fehlen. In seiner

Antwort auf eine Anfrage aus Tierschutzkreisen sang Christian Wulff das Hohelied der Jäger als große Tier- und Naturschützer und lobte in den höchsten Tönen deren ehrenamtliches Engagement.

Schließlich noch eine andere Facette im Leben des Herrn Wulff, die wenig bekannt sein dürfte: Er unterstützt offen die Organisation „ProChrist“, die, so der Philosoph Michael Schmidt-Salomon (Vorstandssprecher der Giordano Bruno-Stiftung), „aufgrund religiöser Wahnideen die Evolutionstheorie leugnet und Schwulenhetze betreibt“. Mit Blick auf die bevorstehende Wahl fügt er hinzu: „Christian Wulff ist für das Amt des Bundespräsidenten denkbar ungeeignet.“

Dieser Aussage schließt sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz uneingeschränkt an.



Grafik: Harry Harper

Rücksichtslosigkeit und Umwelterstörung haben einen neuen Namen: BP

Jetzt handeln die Verbraucher!

BP hat sich eines gigantischen Verbrechens gegenüber der Natur, den Tieren und der Menschheit schuldig gemacht. Was sich im Golf von Mexiko abspielt, ist eine der größten von Menschen verursachten Naturkatastrophen der Geschichte. Abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden für die Millionen von Menschen der Küstengebiete im Golf von Mexiko, wird die gigantische Ölpest Milliarden Meeresbewohner das Leben kosten und einzigartige Naturräume unter und über Wasser für Jahrzehnte in eine stinkende und verteerzte Todeszone verwandeln.

Seit der Explosion auf der Bohrinself "Deepwater Horizon" am 20. April strömen Unmengen Öl in 1500 Meter Tiefe ins Meer. Alle Versuche, das Desaster in den Griff zu bekommen, scheiterten bisher. Nach jüngsten Schätzungen treten aus dem leckgeschlagenen Bohrloch zwischen 5,5 Millionen und 9,5 Millionen Liter Rohöl am Tag aus, weit mehr als zunächst gedacht. Im schlimmsten Fall wird es jahrelang sprudeln, die Florida-Landzunge umrunden und in den Golfstrom gelangen, der die „schwarze Pest“ über die Azoren- und Atlantik-Strömungen nach Europa und Nordafrika transportiert. Wenn das geschieht, wird diese maritime Umweltkatastrophe apokalyptische Ausmaße annehmen.

Wo bleibt der Protest, wo bleibt der Boykott von BP in Deutschland?

Die Ölpest im Golf von Mexiko geht uns alle an. Ein weiterer Teil dieses Planeten ist der Profitgier und Rücksichtslosigkeit zum Verhängnis geworden.

Lassen Sie sich Ihre Erde nicht kaputtmachen!

Wenn es um Öl geht, mutieren die Parlamente zu einem Kartell des Schweigens und Wegsehens. Die Politik hat bisher versagt, weil die politisch Verantwortlichen die Handlanger der Öl-Multis sind. Was im Golf von Mexiko heute stattfindet, kann sich morgen schon in der Nordsee wiederholen.

Wenn die Politik versagt, muss das Volk auf die Barrikaden gehen! Als Verbraucher können Sie BP die "rote Karte" beim Tanken zeigen. Sie können damit den Schuldigen dieser Umweltkatastrophe an seiner empfindlichsten Stelle treffen und abstrafen.

Wir dürfen nicht zum Boykott aufzurufen, weil wir im Gegenzug mit Klagen rechnen müssen. Wir können Sie aber auf Ihre Möglichkeiten hinweisen.

In Deutschland gibt es neben einer Handvoll BP-Tankstellen noch rund 2400 Aral-Tankstellen, die seit 2002 Eigentum des Konzerns sind. Castrol ist eine Tochterfirma von BP, die Produkte unter diesem Namen in Deutschland vertreibt.

Es gibt viele freie Tankstellen und Tankstellen anderer Marken. Niemand kann uns zwingen, bei Aral zu tanken!

Es gibt Produkte, die den Castrol-Erzeugnissen ähnlich sind. Niemand kann uns zwingen, BP-Produkte wie Castrol zu kaufen!

Nach einer repräsentativen Umfrage spricht sich die Mehrheit der Deutschen bereits für einen Boykott von BP aus. Drei Viertel der Befragten befürworten, auf unbestimmte Zeit nicht mehr bei der BP-Tochter Aral zu tanken oder einzukaufen.

Entscheiden Sie, ob Sie die Macht des Verbrauchers nutzen, um BP in seine Schranken zu weisen!



1,3 % Stimmenanteil: Niederländische Tierschutzpartei bleibt im Parlament

Bei der Wahl in den Niederlanden erzielte die „Partij voor de Dieren“ 1,3 % Stimmenanteil und sicherte sich damit erneut (wiederum mit zwei Sitzen) den Einzug ins Parlament, in die sog. Zweite Kammer.

Ein schöner Erfolg für unsere niederländischen Mitstreiter/innen!

Damit verschmerzt man dann schon eher, dass im Jahr 2006 mit 1,8 % ein besseres Ergebnis erzielt wurde. Entscheidend ist, dass die „Partij voor de Dieren“ wieder „mitmischen“ kann - ein Traum, der für uns angesichts der schikanösen 5-Prozent-Hürde leider vorerst noch unerfüllbar bleibt.

-

Das Web-Team der Partei Mensch Umwelt Tierschutz

(Wenn Sie unseren *Newsletter* nicht mehr erhalten wollen, bitten wir um kurze Benachrichtigung.)